

Satzung

über die Erhebung der zusätzlichen Gebühr für Weinbau- und Weinhandelsbetriebe vom 16.03.1989

Der Rat der Stadt Bingen am Rhein hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 26.01.1989 aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 4 in Verbindung mit den §§ 2, 10 und 24 des Kommunalabgabengesetzes Rheinland-Pfalz (KAG) vom 5.5.1986 GVBl. S. 103 und § 15 der Kommunalabgabenverordnung vom 24.07.1986 KAVO-GVBl. S. 199) folgende Satzung beschlossen, die hiermit öffentlich bekanntgemacht wird.

§ 1

Zusätzliche Gebühr für Weinbau- und Weinhandlungsunternehmen

- (1) Die Stadt Bingen am Rhein erhebt gem. § 15 Abs. 3 der Kommunalabgabenverordnung vom 24.07.1986 in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Erhebung von Entgelten für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung über die Abwälzung der Abwasserabgabe der Stadt Bingen am Rhein vom 27.01.1988 eine zusätzliche Gebühr für je angefangene 500 m² selbstbewirtschafteter Weinbauertragsfläche oder bei Betrieben, die regelmäßig nicht selbstgelesene Trauben oder daraus hergestellten Most oder Wein verkaufen, verarbeiten oder lagern, wird für je angefangene 750 l Most oder Wein die Gebühr wie für 500 m² Weinbaufläche festgelegt.
- (2) Soweit bei Betrieben nach Abs. 1 Einwohnergleichwerte aufgrund von Messungen ermittelt wurden, sind diese für die Berechnung der zusätzlichen Gebühr maßgebend.

§ 2

Gebührensatz

Die Gebühr beträgt je angefangene 500 m² Weinbauertragsfläche oder der gleichgestellten Weinbaufläche DM 5,- oder für einen Einwohnergleichwert DM 10,60.

§ 3

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 1.1.1988 in Kraft. § 2 der Satzung gilt für das Kalenderjahr 1988. Die Festsetzung des Gebührensatzes ab dem Kalenderjahr 1989 erfolgt in der Haushaltssatzung der Stadt Bingen am Rhein.

Stadtverwaltung Bingen am Rhein
Bingen am Rhein, 16. März 1989

(Naujack)
Oberbürgermeister

Hinweis nach § 24 Abs. 6 Satz 2 der Gemeindeordnung:

Eine Verletzung der Bestimmungen über

1. Ausschließungsgründe (§ 22 Abs. 1 Gemeindeordnung) und
2. die Einberufung und Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates (§ 34 Gemeindeordnung) ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung schriftlich unter Bezeichnung der Tatsachen, die eine solche Rechtsverletzung begründen können, gegenüber der Stadtverwaltung Bingen, 55411 Bingen, geltend gemacht worden ist.

Die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz hat mit Schreiben vom 28.2.1989, Az.: 100-09 (11/27/89), keine rechtlichen Bedenken gegen diese Satzung erhoben.

Die Veröffentlichung erfolgte in der Allgemeinen Zeitung am 21.03.1989.